

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Fenne Graupenstr. 6/8, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitung Nr. 7998.

Volkswacht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgebühr beträgt für die einzelnen Heftchen oder deren Anzahl 30 Pfennige, für Heftchen und Bestellungen 10 Pfennige. Separat für die nächste Nummer müssen bis Mittwoch 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Organ für die werkschätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 451.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 74.

Mittwoch, den 28. März 1900.

II. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Die Flottenvorlage in der Kommission.

Wie bei der Beratung des Flottengesetzes von 1898 verlangt jetzt die Regierung in der Budgetkommission Geheimhaltung der von ihr als eigentliche Entscheidung angesehenen Gründe für die Notwendigkeit einer Flottenvermehrung in dem durch die neue Vorlage vorgesehenen Umfang. Es wäre jedoch sehr irreführend, wenn jemand glauben sollte, daß da ernstliche Verhältnisse internationaler Art vorliegen könnten, die zu verschweigen eine Förderung politischer Klugheit wäre. Die ausländischen Staaten wissen ganz genau, was sie von unseren Flottenrüstungen zu halten haben. Ja, sie haben bereits die Folgerung aus unseren Rüstungsmaßnahmen gezogen, indem sie ihrerseits entsprechende und noch größere Maßnahmen getroffen haben.

Nur einen wirklich berechtigten Anlaß zur Geheimhaltung ihrer Ansichten können wir der Regierung zugeben, nämlich die Vermeidung, daß eine Bekanntgabe ihrer allergeringsten Gründe nur eine allgemeine erkaunende Heiterkeit über die Nichtigkeit und Hohlheit des Begründungsmaterials entfachen müßte. Darum ist es denn freilich besser, man hält sich in die Schleiher der diplomatischen Geheimnisse, man läßt das Volk in Andacht vor dem Unbekannten, vor den magischen Nebeln unklar drohender Gefahrenbildern erschauern und nimmt ihm in der Hypnose die Flottenmilliarden ab.

Die Frage der Geheimhaltung der Beratungen führte zu einer längeren Debatte in der geistigen Kommissionsstimmung. Der liberale Abgeordnete Graf Stolberg-Wernigerode wünscht, daß die gesamte Beratung geheim gehalten werden soll, denn aus den Äußerungen der Abgeordneten ließen sich Rückschlüsse ziehen, auf die Angaben der Regierungsvertreter; mindestens verlangt er, daß jeder Abgeordnete das Recht haben sollte, die Geheimhaltung seiner eigenen Ausführungen zu verlangen. Diesem Antrage widersprachen die Abgeordneten Erdber und Webel. Dieser erklärte: Die Regierung würde das Recht in Anspruch nehmen, daß ihre Mitteilungen über die Beziehungen Deutschlands zu anderen Staaten geheim behandelt werden; im übrigen aber lege er Verwahrung ein gegen jede Geheimhaltung. Wie sollten denn sonst überhaupt die Gegner der Vorlage ihre Gegenstände darlegen? Wir können davon absehen, die Gründe, welche die Regierung anführt, ausdrücklich als solche anzugreifen, aber ihre Bekämpfung muß uns vorbehalten bleiben. Schließlich kam die Kommission auf Vorschlag des Abg. Richter dahin überein, daß in der heutigen Sitzung nur Auskünfte von der Regierung verlangt werden sollen, die geheim bleiben, daß dann in der folgenden Sitzung die allgemeine Diskussion ohne Geheimhaltung stattfindet.

Die Beratungen der Kommission sollen nach einem Antrage der Zentrumsmitglieder so vor sich gehen, daß eine Generaldebatte und zwei Besungen stattfinden; die Generaldebatte soll in vier Hauptabschnitte zerfallen, nämlich:

1. Notwendigkeit und Umfang der Flottenvermehrung.
2. Kosten und Beschaffung der Mittel.
3. Gesetzliche Festlegung der Vermehrung.
4. Durchführung der Vermehrung.

Ferner haben die Mitglieder des Zentrums beantragt, anläßlich dieser Generaldebatte folgende Fragen an die Vertreter der verbündeten Regierungen zu richten:

1. Notwendigkeit und Umfang der Flottenvermehrung.
2. Welche Ereignisse sind seit dem Erlaß des Flottengesetzes vom 10. April 1898 eingetreten, die eine Änderung desselben notwendig machen?
3. Wie ist das derzeitige Stärkeverhältnis der Flotten: a) Deutschlands, Italiens, Oesterreich-Ungarns, b) Ruß-

lands und Frankreichs, c) Englands und der Vereinigten Staaten von Nordamerika?

3. Welche Verstärkungen der Flotten dieser Staaten sind zur Zeit bereits bewilligt oder in Aussicht genommen?

4. Welches sind die Stärkeverhältnisse der Landarmeen dieser Staaten?

5. Wie sind unsere politischen Beziehungen zu diesen Staaten?

6. Wie weit ist der vorgeschlagene Umfang der Flottenvermehrung begründet mit: a) der Abwehr der Blockadegefahr, b) dem Schutz der Handelsflotte, c) der Vertheidigung der vorhandenen Schutzgebiete?

7. Welche Ziele verfolgen die verbündeten Regierungen über vorstehende Aufgaben hinaus mit der geplanten Weltmachtspolitik?

II. Kosten und Beschaffung der Mittel.

8. Welche Steigerung der sonstigen Reichsausgaben ist mit Wahrscheinlichkeit bis zum Jahre 1920 zu erwarten, insbesondere durch Mehraufgaben für das Heer, den Präsidialfonds, die Verfassungsgesetze, die Kolonien, Neubewaffnung, Festungsbauten, Uebersee-Kabel, Anlagen in Ostasien, maritime Stützpunkte, Kohlenstationen, Artileriebahnen und Vermehrung der Kolonialtruppen?

9. Sind die verbündeten Regierungen geneigt, die alsbaldige Anlage eines Nickelstahl-Waarenflotten-Werks zur Herstellung des gesamten Panzermaterials für die deutsche Kriegsflotte auf Rechnung des Reichs in Erwägung zu ziehen?

10. Welche neuen Steuern schlagen die verbündeten Regierungen unter Aufrechterhaltung des im Art. 8 des Gesetzes vom 10. April 1898 festgestellten Grundbegriffes zur Deckung der Kosten der geplanten Flottenverstärkung vor?

III. Gesetzliche Festlegung der Vermehrung.

11. Wie denken sich die verbündeten Regierungen die praktische Durchführung der §§ 1 bis 3 der Novelle unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung des § 7 des Gesetzes vom 10. April 1898?

12. Wäre es nicht besser, die Vorschriften des geltenden und des geplanten Flottengesetzes in ein einheitliches Gesetz zusammenzufassen?

IV. Durchführung der Vermehrung.

13. In welcher Weise bedenken die verbündeten Regierungen den Nachteil zu beseitigen, welche aus Verstärkung der Flotte für die Landwirtschaft zu besorgen sind?

14. Sind die verbündeten Regierungen geneigt, im Interesse der Landwirtschaft:

- a) eine Maximalpräsenzgröße, für Heer und Flotte zusammen berechnet, zu gewährleisten, welche die Zahl der für beide Zwecke auszuhebenden Mannschaften auf ein erträgliches Maß beschränkt?
- b) für eine angemessene Erhöhung der Schutzölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse bei den bevorstehenden Handelsverträgen energisch einzutreten?

Die Kommission erklärte sich mit diesen Vorschlägen bezüglich der geschäftlichen Behandlung des Flottengesetzes einverstanden.

Es erfolgte eine längere Aussprache der Regierungsvertreter über die Fragen 1-7 des Abschnitts I. Auf verschiedene Anfragen aus der Mitte der Kommission gaben der Staatssekretär des Auswärtigen und der Staatssekretär des Marine-Amtes Auskünfte. Darüber soll gemäß den Befehlen der Kommission nichts mitgeteilt werden. So viel aber darf gesagt werden, daß die Zentrum-Abgeordneten, soweit sie bisher zu Wort kamen, nämlich die Herren Erdber, Müller-Fulda, Prinz Arenberg, eine Fülle von den Flottenforderungen einnahmen, die bei den Regierungsvertretern das Gefühl hoher Befriedigung erweckte.

Am Mittwoch wird die Diskussion über die Auskunft der Regierung stattfinden. Da die Diskussion der Presse zugänglich gemacht werden darf, wird sich alsdann zeigen, wie wichtig die Begründung der Vorlage ist, der man durch den Reiz des Geheimnisses erhöhte Bedeutung zu geben sich vergeblich bemüht.

Ein Meineidiger!

Zur Beurteilung unseres Genossen G o l s t in Wismar

wegen Meineids hat sich die bürgerliche Presse bisher aus geschwiegen, mit Ausnahme von zwei oder drei linksliberalen Blättern. Die Berliner „Volkzeitung“ schreibt Folgendes zu dem furchtbaren Urtheil:

Gegenüber der Argumentation des Staatsanwalts wird mit Recht auf die völlige Unwahrscheinlichkeit hingewiesen, daß G o l s t, als ein ruhiger, besonnener Mann in Wismar bekannt, seit vielen Jahren Mitglied des Bürgerausschusses, um einen Parteigenossen von einer Strafe von 10 Mark oder einer Woche Haft zu befreien, um der Polizei die Verurteilung der Verstrafung nicht nur eines, sondern zweier Angeklagter zu nehmen, freudhaft zum Gebrauche geschritten sein sollte. Zudem ist der gerade auf das Zeugniß von G o l s t hin verurtheilte Steinbrügger ein hervorragender sozialdemokratischer Vertrauensmann, während Wollenberg niemals hervorgetreten ist, auch dem G o l s t nur ganz oberflächlich bekannt war.

Nach Lage der Sache ist anzunehmen, daß hier wieder einmal ein verhängnisvoller Justizirrtum vorgekommen ist, unter dem ein ehrenwerther Mann in furchtbarer Weise zu leiden hat. Die Geschworenen scheinen von dem unfeligen Gedanken geleitet worden zu sein, daß ein unbescholtener, ehrenhafter Anhänger der Sozialdemokratie sich aus Parteirücksichten so weit hinsetzen lassen könne, die schwerste Verstrafung zu riskieren, nur um einen Parteigenossen vor einer geringen Geldstrafe zu retten. Es gehört zu einer solchen Annahme bei Männern, die im Namen des Volkes das Recht zu ermitteln und zu vertreten haben, eine derartige Verleugnung nicht nur des Wesens der Sozialdemokratie im Allgemeinen, sondern auch psychologischer Momente im Leben des Einzelnen, das es unwahrscheinlich ist, zur Beurteilung dieses politischen und psychologischen Mißgriffs die richtigen Worte zu finden. Der Fall G o l s t wirkt erschütternd im Hinblick auf den demitteleidenswerthen Verurtheilten nicht minder als, sogeteilt von dem persönlichen Moment, erschütternd im Hinblick auf die allgemeine rechtliche Seite der Sache. Was in dem Essener und Göttrower Fall dem einen wie dem andern Angeklagten passirt ist, kann jedem anderen Menschen passiren, der zufällig Zeuge irgend eines Skandals ist und darüber vernommen wird. Wehe ihm, wenn er andere Einbrüche gewinnt, oder wenn in seinem Erinnerungsbild andere Einbrüche haften, als sie in der Vorstellung von zufällig in der Nähe befindlichen Polizeibeamten latent geblieben sind! Die Geschworenen in Göttrow haben anscheinend übersehen, daß auch Polizeibeamte fehlerbare Menschen sind, deren Schlüsse nicht immer unfehlbar bindend zu sein brauchen. Der haben die Geschworenen, die den Angeklagten G o l s t schuldig gesprochen haben, geglaubt, Polizeibeamte seien gegen die Unrichtigkeit aller Schlussfolgerungen aus ihren subjektiven Wahrnehmungen schließlich gesichert? Wie dem auch sei, tief ergriffen und zu den schmerzlichsten Bedanken über die Unbilligkeit politischer Vorurtheile veranlaßt, stehen wir dem Göttrower Fall gegenüber.

Unangenehme Fragen.

Die Nachricht, daß Stumm wegen Nichtfabrikation von Nickelstahl durch große Summen von Seiten Krupps abgefunden wird, ist von Stumm als Lüge bezeichnet worden. Die „Germania“ stellt an die „Post“ die Anfrage, ob sie die Stirn haben wird, auch die Thatsache als Lüge zu bezeichnen, daß das Stumm'sche Neunkirchner Werk dem Dillinger Hüttenwerk jährlich 20,000 Mark Abfindung zahlt, damit es nicht auch Eisenbahnschienen fabriziere. Weiter hält die „Germania“ der „Post“ vor: „Ein Theil der Dillinger Aktionäre gehört dem Auslande an. Es sind Franzosen, einige wohnen in Paris, und so wandert ein Theil der Flotten-Millionen nach Frankreich. Sollen unsere Steuerzahler aber die Taschen französischer Millionäre füllen?“

Zur lex Heinze. Nach dem „Hamb. Korr.“ mehren sich die Anzeichen, daß der Widerstand in Bundesrathskreisen gegen die lex Heinze erheblich zunimmt. Es ist heute entschieden Aussicht vorhanden, daß zwischen den gesetzgebenden

Exzellenz Rougon.

Roman von Emile Zola. Deutsch von Kurt Baake.

Als sie mit dem Halsband erschienen war, worauf scharfe Auswärtigen einen erlauchteren Vornamen mit dem ihren verschlungen zu lesen behaupteten, da hatten alle Frauen den Zusammenhang begriffen und Blide gewechselt, als wenn sie sagen wollten: Es ist also geschehen! Seit einem Monat plauderte die offizielle Welt von diesem Roman und harzte auf diese Lösung. Und nun war es also auch richtig geworden; sie selber schrie es ja aus und trugs auf der Schulter geschrieben. Der Hof flüsterte sich ihre Geschichte zu, die Geschichte ihrer Liebesverhältnisse, die sie von einem Kutscher bis zu einem Kaiser geführt hatten.

„Einen Schnitt bitte!“ forderte ein bider, ordentlich gekleideter Herr, ein General, und sah sie lächelnd an. Und als sie den Schnitt hier gebracht hatte, riefen zwei Abgeordnete:

„Zwei Glas Chartreuse!“ Gäste strömten herein, es wurde voll, und von allen Seiten freuzten sich die Bestellungen: Crogg, Anisliqueur, Lemonade, Kuchen und Zigarren wurden gewünscht. Die Herren betrachteten sie und plauderten dann leise mit einander; die zweideutigen Geschichten, die über sie im Umlauf waren, reizten die Männer. Clorinde aber drehte ohne jede Verwirrung den Hals und zeigte ihr Hundehalsband, dessen schwere goldene Kette leise klirrte.

„Nein, wie komisch!“ sagte sie und blieb bei Herrn Rahm stehen. „Sie thun auf Ihre so, als wenn ich eine Dirne wäre! Einer hat mich, glaub ich, sogar in den Arm genommen. Ich habe nichts dazu gesagt. Wozu auch? ... Ich habe doch hier alles für die armen Leute! Nicht wahr?“

Herr Rahm hat sie durch Augenblinzeln, sich zu ihm herabzubiegen. Dann fragte er sie ganz leise:

„Nun, und Rougon?“

„Ja! Noch ein bißchen Geduld!“ erwiderte sie und dämpfte gleichfalls ihre Stimme. „Ich habe ihm in meinem Namen eine Einladungskarte zu unserem Bazar geschickt. Ich erwarte ihn.“

Herr Rahm schüttelte den Kopf. Sie aber sagte lebhaft hinzu:

„Ja, ja, ich kenne ihn, er kommt bestimmt. ... Er weiß zudem noch nichts.“

Herr Rahm und Herr Bejrin bganen nunmehr auf Rougons Erscheinen zu lauern. Durch die breite Oeffnung des Vorhanges konnten sie den ganzen Saal überschauen. Von Minute zu Minute wuchs dort die Schaar der Besucher. Auf dem Rundpuff hatten es sich eine Anzahl Herren bequem gemacht; sie saßen mit gekreuzten Beinen zurückgelehnt da und schlossen die Augen im schlaftrigen Gesicht; behändig kreiste ein Strom von Gästen an ihnen vorbei und stolperte fast über ihre vorgestreckten Füße. Die Hitze im Saale wurde immer unerträglich, und in dem rothen Dunste, der über den Zylinderhüten schwamm, wuchs der Lärm. Von Zeit zu Zeit erscholl durch das dumpfe Draußen das Raarren des Gluckrades; wie eine Kinderklapper hörte es sich an.

Frau Correur erschien jetzt auf der Bildfläche. Langsam machte sie die Runde um die Verkaufstische. Sie war sehr dick und trug eine Robe aus weiß und malvenfarbig gestreifter Seidenbarège, worunter das Fett ihrer Schultern und Arme zu röthlichen Wülsten aufschwoll. Wie bei einer Rundin, die wohlfeil einzukaufen sucht, lag Vorlicht auf ihren Zügen und Behächtigkeit in ihren Blicken. Gewöhnlich kann man auf solchen Wohlthätigkeitsbazaren vortreffliche Gelegenheitskäufe machen, pflegte sie zu sagen; die armen Damen verstanden ja nichts und konnten nicht immer den Werth ihrer Waaren.

Sie kaufte übrigens nie bei Damen ihrer Bekanntschaft; die nahmen ihren Bekannten zu gefalgene Preise ab. Als sie die Kunde um den Saal gemacht und die Gegenstände dabei umgedreht, berochen und wieder hingelegt hatte, lehrte sie zu einer Lederwarenprobe zurück; hier blieb sie gut zehn Minuten stehen und wühlte mit verlegtem Gesicht in den ausliegenden Waaren herum. Endlich griff sie, als wenn ihr nicht viel daran gelegen wäre, nach einer Brieftasche aus Zuchten, worauf sie schon seit länger als einer Viertelstunde die Augen geworfen hatte.

„Was kostet das?“ fragte sie.

„Die Verkäuferin, eine große blonde junge Frau, scherzte eben mit zwei Herren und drehte sich kaum herum.

„Fünfzehn Franks“, erwiderte sie.

Die Brieftasche war mindestens zwanzig werth. Die Damen wetteiferten zwar untereinander darin, den Herren ungeheuerliche Summen abzunehmen, den Frauen aber verkaufte sie in der Regel in einer Art Freimaurerei zum Einkaufspreis. Aber Frau Correur legte die Tasche mit bestürztem Gesicht auf den Tisch wieder hin und flüsterte:

„Oh, das ist zu theuer. Ich will ein Geschenk machen, aber höchstens zehn Franks dazu anwenden. Haben Sie nichts Süßes für zehn Franks?“

Und von neuem warf sie die ausliegenden Waaren durcheinander. Nichts gefiel ihr. Mein Gott, wenn diese Brieftasche doch nicht so theuer wäre! Sie nahm sie wieder in die Hand und steckte ihre Nase in die Tasche. Die Verkäuferin verlor die Geduld und wollte sie ihr schließlich für vierzehn, dann für zwölf Franks lassen. Nein, nein, auch das sei noch zu theuer. Nach zähem Feilschen erhielt sie die Brieftasche für elf Franks.

(Fortsetzung folgt.)

mächtigen, beim preussischen Eisenbahnminister dahin zu wirken, daß bessere Schnellzugsverbindungen zwischen Berlin und Leipzig geschaffen werden.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf Hohenzollern erwidert, die sächsische Eisenbahnverwaltung habe auf den Verkehr zwischen preussischen Stationen keinen Einfluß.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.): Unser Antrag ist im Reichstag schon oft angenommen. Die geeigneten Vertreter des Mittelstandes können wegen der Diktatorlosigkeit kein Mandat übernehmen für die Diktatorgewährung spricht aber besonders die fortgesetzte Verschuldenhaftigkeit des Hauses. Ich bitte Sie, unseren Antrag anzunehmen.

Die Abgg. Groeber (Zentr.) und Baffermann (natl.) beantragen im Antrag Bargmann statt „Diktator“ zu sagen „Anwesenheitsgelde“.

Abg. Baffermann (natl.): Auch wir meinen, daß durch die Diktatorlosigkeit wichtige Elemente vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen werden, wenn wir von der Gewährung der Diktator allein auch nicht einen besseren Besuch der Sitzungen erwarten. Wir bitten, den Antrag Bargmann mit unserer Abänderung anzunehmen.

Abg. Groeber (Zentr.) Auch wir werden für den Antrag stimmen. Wir haben den Antrag gestellt, statt Diktator Anwesenheitsgelde zu setzen und wollen damit sagen, daß nur die Abgeordneten, die sich wirklich an der Arbeit beteiligen, Diktator bekommen sollen. Eine schleunige Verabschiedung der Gesetze liegt auch im Interesse des Bundesrats selbst. Die Freikarten müssen beibehalten werden, auch wenn Diktator gewährt werden sollten. Wünschenswert wäre auch die Ausdehnung der Freikarten auf das ganze Reich.

Abg. Singer (Soz.): Meine politischen Freunde sehen in den Diktator ein notwendiges Korrektiv zu dem allgemeinen gleichem Wahlrecht. Alle Schichten der Bevölkerung müssen ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Lage ein Mandat übernehmen können. Daher sind wir prinzipiell für den Antrag. Unsere Partei hat allerdings trotz der Diktatorlosigkeit noch nie einen Mangel an Kandidaten gemerkt. Durch ihre Opferwilligkeit hat sie es durchgesetzt, daß die Freen, die sie für richtig hält, auch in den gesetzgebenden Körperschaften vertreten sind. Was den Antrag Groeber betrifft, so wundere ich mich, daß Zentr. und Natl. darüber im Handlauge nicht die Bedürfnis empfunden haben, den allgemeinen Diktatorweg einzuschlagen. Bezugs von Anwesenheitsgeldern zu erzielen. Mit dem Grundgedanke, daß Diktator nur gezahlt werden, wenn in der That durch die Beteiligung an den Reichstagsarbeiten Kosten entstehen, erklären wir uns einverstanden. Was die Freikarten anlangt, wünsche ich ebenfalls, daß ihre Gültigkeit auf das ganze Reich ausgedehnt werde. Es muß den Mitgliedern der Kommission, die über lokale Verhältnisse urteilen sollen, Gelegenheit geboten werden, sich an Ort und Stelle ein Urteil zu bilden. Von der Rechte ist wiederholt ausgeführt, man würde eher für Diktator stimmen, wenn zugleich eine Revision des Wahlrechts vorgenommen würde. Von einer Einschränkung des Wahlrechts kann natürlich auch bei der Gewährung von Diktator gar keine Rede sein. Ich meine mit Herrn Groeber, die Regierung sollte schon in ihrem Interesse die Diktator einführen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graefe (Unif.): Nachdem sich herausgestellt hat, daß die Sozialdemokraten durch die Diktatorlosigkeit vom Reichstage doch nicht fern gehalten werden, hätte die Regierung schon längst im Interesse der Ordnungsparteien Diktator einführen sollen. Der produktive deutsche Mittelstand ist jetzt von der Wahl zum Reichstage vollkommen ausgeschlossen. Wir werden für den Antrag stimmen.

Abg. v. Kardoff (Rp.) bedauert, daß der Antrag nicht früher gestellt ist. Seine Fraktion habe dazu nicht Stellung nehmen können und werde sich deshalb der Abstimmung enthalten.

Abg. Nidert (fr. Sp.) erklärt, seine Freunde würden für den Antrag Bargmann stimmen.

Abg. Richter (fr. Sp.): Für den Antrag hat sich bisher eine stets wachsende Mehrheit erklärt. Uns kommt es darauf an, die Frage wieder in Fluß zu bringen. Wenn die Freikarten beibehalten werden, empfiehlt sich vielleicht mehr die Gewährung von Präsenzgeldern. Aus einer möglichst großen Mehrheit herbeizuführen, stimmen wir auch für das Amendement Groeber-Baffermann.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Bargmann wird mit dem Amendement Groeber-Baffermann gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Es folgt der Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzler. Beim Titel „Reichskanzler“ bemerkt

Abg. Richter (fr. Sp.): Eine alte Reinnachefrau, die den Reichskanzler treu gedient hat und vor längerer Zeit wegen hohen Alters entlassen ist, befindet sich jetzt in sehr hilflosbedürftigen Zustände. Der Dienst stellte an die Frau gewiß keine hohen Anforderungen, forderte aber von der Inhaberin eine gewisse Diskretion. (Dr. Petterkeit.) Ich erlaube mir die Aufmerksamkeit des Reichskanzlers auf diese Frau zu lenken. Hoffentlich sichert er ihr eine regelmäßige Unterstützung. (Der Reichskanzler nicht lächelnd.)

Der Etat wird hierauf bewilligt. Ebenso der Etat des auswärtigen Amtes und der Kolonialetat. Beim Etat des Reichsamt des Innern bemerkt sich beim Titel Staatssekretär

Abg. Eichhoff (fr. Sp.) über die Subventionierung des Vereins zur Förderung der thüringischen Exportindustrie durch das Reich. Durch die Subventionierung ist der Verein in der Lage, die Konkurrenz um 10 bis 15 Prozent zu unterstützen. (Hört! hört! links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Subvention ist gegeben auf Befürwortung der Sachsen-Weimarischen Regierung. Ich bedauere, daß die Konkurrenz nicht eine derartige Rolle spielen, daß die Sache nochmals zum Gegenstand einer Erörterung im Reichstag gemacht wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Prinz Schönau-Carolath (Unif.) bittet den Staatssekretär, dahin zu wirken, daß den Frauen, die das Naturwissenschaften betreiben, ein Studium auf den Universitäten in höherem Maße als bisher freigegeben wird. Es wäre wünschenswert, daß den Frauen wenigstens ermöglicht würde, auf allen deutschen Universitäten zu allen Vorlesungen zugelassen zu werden.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich weiß nicht, wie der verehrliche Herr Kultusminister über diese Frage denkt. Man aber nicht falsche Hoffnungen zu erwecken, muß ich doch sagen, daß, nachdem hervortragende Vertreter der Wissenschaft ihre lebhafteste Abneigung dagegen geltend gemacht haben, davon zu ihren Vorlesungen zuzulassen, ich zweifelhaft bin, ob die preussische Regierung geneigt sein wird, in dieser Beziehung auf die Professoren einen Zwang auszuüben. Im Uebrigen weiß ich der Vorredner ganz genau, daß ich dieser Frage wohlwollend gegenüberstehe.

Abg. Nidert (fr. Sp.): Nach dieser Erklärung des Herrn Staatssekretärs ist es leider sehr fraglich, ob die preussische Regierung in dieser Frage den übrigen Staaten mit gutem Beispiel vorangehen wird. Ich möchte den Staatssekretär aber doch bitten, in seiner Eigenschaft als preussischer Staatsminister seinen Einfluß geltend zu machen.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Bei der Verhandlung über die Notwendigkeit eines Reichsberggesetzes hat der Abg. Thiele dem Oberleutnant Rothe in der Mansfelder Gewerkschaft Untersuchungen bei einem Hausbau vorgeworfen. Dieser Steiger steht seit 11 Jahren nicht mehr im Dienste der Gewerkschaft. Er hat mir die sämtlichen Rechnungen über den Bau vorgelegt. Er kann genau nachweisen, woher er die Steine bezogen hat, die er unterschlagen haben soll. Hier zeigt sich wieder, was man von Unterschlagungen der sozialdemokratischen Partei zu halten hat. Im Auftrage des Herrn Rothe habe ich Herrn Thiele aufzufordern, seine Unterschlagungen zu widerrufen oder sich seiner parlamentarischen Immunität zu begeben, damit der schwer Bekräftigte vor Gericht seinen guten Ruf wiederherstellen kann.

Abg. Rosenow (Soz.) fragt an, wie weit die Vorarbeiten zum Reichswohnungs-gesetz gehen sind.

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, zunächst seien die Einzelregierungen aufgefordert, sich zu dieser Frage zu äußern. Die Regierung werde der Frage ernsthafte Aufmerksamkeit schenken.

Abg. Schrader (fr. Sp.) bedauert, daß man noch dieses

Nahrung des Staatssekretärs auf die Erledigung der Angelegenheit noch lange warten müssen.

Abg. Singer (Soz.): Ich muß es dem Kollegen Thiele vorbehalten, auf die Ausführungen des Abg. Arendt zu erwidern. Jedenfalls lege ich dagegen Verwahrung ein, daß aus den Mitteilungen eines sozialdemokratischen Abgeordneten Schlüsse gezogen werden auf die Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie.

Abg. Dr. Arendt (Rp.) erwidert, der Fall Rothe sei thatsächlich aufgeklärt. Wie es mit der Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie aussteht, dafür ist der Luderbrief des Abg. Bebel der beste Beweis. (Bravo rechts.)

Abg. Singer (Soz.): Die Antwort an Herrn Arendt muß ich natürlich dem Kollegen Thiele überlassen, jedenfalls aber hat Herr Arendt kein Recht, aus einem eventuellen zufälligen Irrthum die Glaubwürdigkeit der sozialdemokratischen Partei an sich in Zweifel zu ziehen. Auch die Wahrheitsliebe meines Freundes Bebel wird Herr Arendt nicht bestreiten können. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob jemand demutigt die Unwahrheit sagt, oder hier Dinge im besten Glauben vorträgt, bei denen einmal ein Irrthum unterlaufen kann.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Im Anschluß an die eben geführte Debatte muß auch ich einen Fall vorbringen, der eine unrichtige Angabe des Herrn Bebel betrifft. Herr Bebel hat bei Gelegenheit der Beratung der Flottenvorlage erzählt, daß ein 27 Jahre bei der Firma Ludwig Böwe angestellter Mann entlassen worden sei, weil er nicht mehr voll leistungsfähig gewesen sei. Als er hat, die Kündigung zurückzunehmen, habe man nur mitleidig mit den Achseln gezuckt. Der Mann hätte sich das Leben genommen, Frau und Kinder“ schloß Herr Bebel, fallen jetzt der öffentlichen Armenpflege anheim und solche Behandlung lassen Firmen ihren Leuten zu theil werden, die bei der Flottenvorlage die Vorkasse einbringen. Nach meinen Ermittlungen ist der Mann als einfacher Arbeiter bei der Firma eingetretten, wurde später im Bureaudienst beschäftigt und hat zuletzt 4800 Mk. Gehalt bezogen. (Hört! hört! rechts.)

Der Direktor stieg bei dem Mann fortwährend auf Widerspruch und konnte nicht mit ihm auskommen. Mit seiner Bitte um Aufhebung der Kündigung wurde der Mann an den Generaldirektor verwiesen. Dieser erklärte, wenn er richtig seine Arbeit thun würde, würde er dieselbe in einem anderen Zweig des Geschäftes übernehmen werden. Der Mann ist zunächst ruhig an seine Arbeit zurückgekehrt, hat sich aber am Abend des Tages entleibt. Wie steht es nun mit Frau und Kindern des Mannes. Für Verordnungsstellen hat die Firma 1118 Mark gezahlt und der Wittve eine Jahrespension von 1200 Mk. ausbezahlt, auch in Erwägung gezogen, ob ihr ein kleines Kapital zur Gründung eines Geschäftes zur Verfügung gestellt werden soll. So sehen die Dinge in Wahrheit aus.

Abg. Bebel (Soz.): Die Wahrheit des Vorfalles bei Böwe ist mir seiner Zeit von einem Kollegen meiner Fraktion, der die Mitteilungen von Angestellten des Böwe'schen Bureaus selbst hatte, bestätigt worden. Eben wird mir mitgeteilt, daß die Pension der Wittve erst nach der Güterteilung des Falles im Reichstage angeboten wurde. Ich muß übrigens meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß Herr Böwe die Premitteilungen über diesen Fall so lange unberücksichtigt gelassen hat. — Was den Luderbrief anlangt, so kann ich nur wieder erklären, daß, als ich die Sache vorträgte, ich keinen Grund hatte, an der Glaubwürdigkeit meiner Quelle zu zweifeln. Solche Irrthümer können einem Mann, der öffentliche Mißstände zu rügen habe, schon passieren. Kommen sie doch sogar bei Staatsanwälten vor, die doch mit allen Mitteln ihres Amtes ausgestattet sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Paasche (natl.): Herr Bebel besitzt eine geradezu grenzenlose Reichthümlichkeit. Er laßt, ihm wird eben mitgeteilt, daß die Pension erst nach den Reichstagsverhandlungen erhalten wurde. Am 10. Februar habe ich die Sache hier vorgebracht, und am 13. erhielt ich einen Brief von Herrn Böwe, worin von der Pension die Rede war. Sie lesen also, wie leichtsinnig hier von dem Abg. Bebel Behauptungen aufgestellt werden. (Lärm links.) Anderen Abgeordneten werden die solche Irrthümer nicht nachwieseln können.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Den Vorwurf bewusster Unwahrheit habe ich dem Abg. Bebel nicht gemacht. Der Luderbrief ist ein Beispiel dafür, auf wie schwachen Grundlagen die Anklagen der Sozialdemokraten beruhen. (Sehr richtig! rechts.) Lassen Sie den Sozialdemokraten. Was den Fall Rothe betrifft, so will ich abwarten, was Herr Thiele zu sagen hat.

Abg. Bebel (Soz.): Der Ton, den Herr Arendt hier herein gebracht hat, ist wirklich nicht geeignet, die Würde des Hauses zu heben. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Wir sind unserer ganzen Parteistellung nach hier die öffentlichen Ankläger, während Sie in den meisten Fällen die Stellung der Beschuldigten einnehmen. (Lärm rechts, Bravo! b. d. Soz.) Der Luderbrief hat niemals in den Zeitungen gestanden. Im Uebrigen bleibe ich dabei, daß nur meine damalige Anklage gegen Peters zu dem gerichtlichen Verfahren gegen Peters geführt hat. Noch ein Wort an den Abg. Paasche. Ich habe nur gesagt, mir sei von vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt worden, die Pension an die Familie sei erst bewilligt worden nach der Güterteilung des Falles hier im Reichstag. In der Presse ist der Fall wochenlang besprochen worden, ohne daß von der Firma eine Verichtigung erfolgte, während die Herren doch sonst immer mit Verichtigungen bei der Hand sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Gerade dies Schweigen veranlaßt mich, die Sache zur Sprache zu bringen. Herr Paasche hat mir Evidenzfertigkeit vorgeworfen. Wenn mir von vertrauenswürdiger Seite Angaben über Mißstände gemacht werden, so halte ich mich verpflichtet, sie hier vorzubringen, daß da einmal ein Fall vorkommen kann, wo nicht alle Angaben stimmen, ist selbstverständlich. (Bravo! b. d. Soz.)

Zum Kapitel Reichsangelegenheiten mit beantragen die Abgg. Remond und Gen. (Zentrum) eine Resolution, in der die verbündeten Regierungen ersucht werden, die Vorschriften über Bekämpfung der Maut- und Klauensteuer einer eingehenden Revision zu unterziehen, insbesondere darauf Bedacht zu nehmen, daß vor Anordnung der Sperre und des Marktverbots die Notwendigkeit auf's Sorgfältigste geprüft und jede Verzögerung bei Aufhebung dieser Maßregeln vermieden wird.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt, daß die Regierung in eine Prüfung der Angelegenheiten eintreten und die Wünsche der Resolution berücksichtigen werde.

Darauf verlag das Haus die Wetterberatung auf Mittwoch 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Berlin, 27. März 1900.

Beide Häuser des Landtags hielten heute Sitzungen ab. Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde die Sekundärbadverordnung nach den Vorschlägen der Kommission in zweiter Lesung unverändert angenommen. Mehr denn 110 Millionen Mark werden für Eisenbahnbauten und Beihilfen bereit gestellt. Der Appetit der Agrarier nach Staatshilfe für ihre Kleinbahnen ist durch die 20 Millionen, die diesmal für diesen Zweck bereit gestellt werden, noch nicht gestillt. Für das nächste Jahr erhofft man mehr. Sonstige prinzipielle Gesichtspunkte wurden in der Debatte heute nicht berührt, die ganz von Lokalinteressen ausgefüllt wurde. Morgen stehen Wahlprüfungen, darunter wohl auch die Dröslauer Wahl auf der Tagesordnung.

Das Herrenhaus hielt nach zweimonatlicher Ruhe wieder einmal eine kurze Sitzung ab. Die Vorklagen über die Ausdehnung des Gesetzes über die Wassergenossenschaften auf das Ruhrgebiet und über die Befreiung von Dienstvergehen der Beamten der Landesversicherungsanstalten wurden debattelos genehmigt. Bei der Besprechung der Denkschrift über die Beförderung deutscher Anstellungen in Preußen und in Polen sprach Graf Bismarck die Gelegenheit vom Zaune, für das agrarische verunfallte Fleischbeschaugesetz eine Lange zu brechen und die Behauptung zu wagen, daß die deutsche Landwirtschaft den deutschen Bedarf, der Wagem

von Schweinefleisch, vollkommen allein deckt. — Morgen will das Herrenhaus wieder einmal über die Zwangserschließung Minderjähriger sich unterhalten.

Parlamentarisches.

Unfallversicherungs-Kommission. In der Sitzung am Montag wurde mit der Beratung der zweiten Lesung des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes und des Mantelgesetzes begonnen und nicht weniger als fünfzig Paragraphen erörtert. Die meisten Paragraphen wurden in der Fassung der ersten Lesung beibehalten.

Bei der Festschließung des Gesetzes der versicherten Personen hatten die Sozialdemokraten, einem Wunsche der beteiligten Arbeiter gemäß, beantragt, daß auch sämtliche Spengler und Schreiner der Versicherungspflicht unterstellt werden sollen. Sie begründeten dies damit, daß in diesen Gewerben genau dieselben Unfallgefahren beständen, wie in der Schlosserei und Schmiederei, daß aber n.r. die letzteren nach dem Regierungsentwurf der Versicherungspflicht unterworfen seien, nicht aber die ersteren. Der Staatssekretär des Innern warnte davor, den Kreis der Versicherten immer weiter auszuweiten, da die Kleinbetriebe in den Berufsgenossenschaften nicht zur Geltung kommen könnten. Der sozialdemokratische Antrag wurde denn auch schließlich abgelehnt. Dagegen wurde ein Zentrumsantrag angenommen, durch den die Versicherungspflicht, die bisher nur für Betriebsbeamte mit einem Einkommen von nicht über 2000 Mark bestand, auch auf Betriebsbeamte mit einem Einkommen von 2000 bis 3000 Mark erstreckt wurde, trotzdem sich auch gegen diese Erweiterung die Regierung ausgesprochen hatte. In Konsequenz dieser Beschlüsse wird das Recht der Berufsgenossenschaften, durch Statut die Versicherungspflicht auf Betriebsunternehmer auszuweihen, deren Jahresverdienst 2000 Mk. nicht übersteigt, erweitert auch auf solche Betriebsunternehmer, deren Jahresverdienst sich bis auf 3000 Mk. beläuft.

Als Jahresarbeitsverdienst der versicherten Personen gilt das Dreihundertfache des durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes. Für Arbeiter in Betrieben, in welchen die übliche Betriebsweise für den das ganze Jahr regelmäßig beschäftigten Arbeiter eine höhere oder niedrigere Zahl von Arbeitstagen ergibt, wird diese Zahl statt der Zahl 300 der Berechnung des Jahresverdienstes zu Grunde gelegt. Die Sozialdemokraten machten darauf aufmerksam, daß diejenigen Arbeiter, welche weniger als 300 Tage im Jahre arbeiten, dafür aber an den einzelnen Arbeitstagen eine überaus lange Arbeitszeit zu bestehen haben, und in Folge dessen einen höheren Verdienst erzielen, bei der Festschließung des Arbeitsverdienstes für die Unfallversicherung schwer geschädigt werden, denn auch ihr Verdienst wird nach einem späteren Paragraphen nur bis zu 2000 pro Tag vollständig in Anrechnung gebracht, der überschüssige Betrag nur zu ein in Drittel, ohne Rücksicht darauf, daß in Wahrheit der höhere Verdienst nicht für einen Arbeitstag, sondern für mehrere gilt. Die Berechtigung dieses Einwandes wurde auch von den bürgerlichen Parteien zugestanden, und in Folge dessen bestimmt, daß die Kürzung des Arbeitsverdienstes nicht bei dem täglichen Verdienst, sondern bei dem Jahresverdienst erfolgen soll. Zugleich wird beschlossen, die seit dem Erlaß des Gesetzes vor fünfzehn Jahren eingetretene erhebliche Vertheuerung der Lebensführung in soweit zu berücksichtigen, daß der voll anzuziehende Theil des Tagelohnes von 4 auf 5 Mark erhöht wird. Es wird mithin derjenige Theil des Jahresarbeitsverdienstes, welcher fünf mal dreihundert gleich 1500 Mk. beträgt, voll angerechnet und nur der Uebrig auf ein Drittel rebuirt.

Der Säuerparagraph, die Auszahlung der Rente in Naturalien statt in Geld an die sogenannten Säuer, wurde von den Sozialdemokraten auch bei dieser Gelegenheit wieder scharf bekämpft mit dem Hinweis darauf, daß sowohl nach der Praxis der Krankenpflege, als auch nach dem bürgerlichen Gebrauche Handhaben genug seien, um dort, wo es nöthig ist, eine Verschönerung der Rente durch den Säuer unmöglich zu machen. Das Zentrum erklärte sich jetzt ebenfalls gegen diesen Paragraphen, der weder von der Regierung, noch von den Berufsgenossenschaften verlangt, sondern einer Anregung von konservativer Seite zu verdanken sei. Die Annahme dieses Paragraphen in der ersten Lesung, so erklärte der Abgeordnete H. H. e., sei darauf zurückzuführen, daß damals seitens der Sozialdemokraten „zu schwarz“ gegen den Vorschlag Stellung genommen sei. Bei der Abstimmung wurde dann der Paragraph mit ganz geringer Mehrheit abgelehnt.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Partei-Angelegenheiten.

Gemeindevahlen. In Fernerleben wurde ein Parteigenosse in den Gemeinderath gewählt und in Oberstadt zwei Siege in der dritten Klasse von unfr. Partei erobert. Auch in Nied. a. M. wurde ein Parteigenosse gewählt. In Clamen bei Spremberg wurden unfr. Kandidaten in allen drei Klassen gewählt. In Sandow bei Rorbis wurden unfr. Kandidaten in der dritten Klasse gewählt, während in der zweiten Klasse einer in Stichwahl steht. Sozialdemokratische Gemeinderathe wurden weiter gewählt in Rietleben, Pessendorf und Dölan je einer und ebenso einer in Langenöls bei Riegnitz.

Arbeiterbewegung.

Der Zustand in der Berliner Maschinenschneiderei ist ausgebrochen, der einen großen Umfang anzunehmen droht, da leicht 6000—9000 Arbeiter in denselben verwickelt werden können, wenn es nicht gelingt, die Differenzen zwischen Arbeitgeber und -nehmern auszugleichen.

Die Sackler in Hamburg-Altona gedenken in nächster Zeit in eine Fortbewegung einzutreten.

Die Frage der Arbeitszeit-Verkürzung hat in der vergangenen Woche in Kiel einige praktische Erfolge zu verzeichnen gehabt. Eine Maschinenfabrik (Böhm u. Köhler) hat ihren Arbeitern ohne Lohnabzug an Stelle des bisherigen 10stündigen den 9 1/2stündigen Arbeitstag bewilligt und außerdem die für Zusatzarbeiten festgesetzten Strafen in der Arbeitsordnung gestrichen. Und jetzt hat die größte Feilenbauerei der Provinz, die von Buchholz in Kiel ihren Arbeitern den 9stündigen Arbeitstag bewilligt. Gleichzeitig hat sie die Freigabe des 1. Mai als Feiertag versprochen, den Lohnsatz um 5 bis 10 Proz. angehebert und einem Minimallohn von 4 Mk. für Gefellen zugestimmt. In der Feilenbauerei von Kern in Breß dürfte es zum Streit kommen, da der Inhaber die Forderungen seiner Arbeiter abgelehnt hat.

Die Feilenbauerschaften in Frankenthal freisen. Da bisher nur ein einziger Prinzipal bewilligt, haben die Gefellen drei Geschäftslöcher gemiethet und üben darin ihren Beruf aus.

Striktisten.

G. in Langenöls. Nachdem der Streit beendet ist, dürfte die Aufnahme ihrer Zuchtschiff nur aufs Neue Staub aufwirbeln. Wir haben deshalb davon Abstand genommen.

Neueste Nachrichten.

Die Budgetkommission des Reichstages gedenkt am Donnerstag, den 29. d. Mts., die allgemeine Besprechung der Flottenvorlage zu schließen, um sich alsdann bis nach den Osterferien zu vertagen.

Das Reichsgericht verwarf die Revision des Schriftstellers Siegmund Mehring, welcher am 3. Januar vom Landgericht Berlin wegen Beschimpfung der katholischen Kirche, begangen im September vorigen Jahres durch Veröffentlichung des Buches „Die selge That von Kennes“ im „Mik“, zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt wurde.

In Neapel dauern die StudentenDemonstrationen zu Gunsten der Republik an. Der sozialdemokratische Arbeiterführer Emmola hielt vor 2000 Studenten eine Rede über die Einberufung der Konstituante. — Die Führer der Linken beschloßen, der parlamentarischen Aktion eine umfassende Agitation im Lande hinzuzufügen.

Nur einmal jährlich wiederkehrend! Grosser Inventur-Ausverkauf

von Donnerstag, den 20. März,
bis Donnerstag, den 5. April, Abends 6 Uhr,
zu staunenerregend billigen Preisen.
Es gelangen u. A. zum Verkauf grössere Posten im
Gesamt weit unterm Herstellungspreise, ferner:
Damen-Bänder aus gutem Hemdentuch v. 64 Pf. an.
Schlachten aus gutem Renforcé „ 68 „ „
Nachtmägen, hübsch befeht „ 70 „ „
Herren-Bänder aus gutem Hemdentuch „ 90 „ „
Sofen „ leinenartige Gewebe „ 125 „ „
Betttücher, eine Breite 3 Mtr. lang, nur „ 84 „ „
Weisse und bunte Strümpfe von 200 „ an.
Gutes Hemdentuch 84 cm. breit, per Mtr. 28 „ „
Grosst-Unterwäscher in Wäsche und Wolle spottbillig,
sowie große Mengen einzelne Sandstrümpfer, Elfenbein-
u. Reste von Renforcé, Hemdentuch, Linon, Madapolame etc.
weit unter Preis. 358

Eduard Hoerder,

Breslau, Fächerplatz 4 (neben der Mohren-Apothek),
Wäsche- und Ausstattungs-Magazin.
Nur Waaren eigener Confection, also keine Fabrikarbeit.

Marienburg Geld-Lotterie

Ziehung 3. bis 6. April 1900

Loose à 2 Mk., Porto und Liste 30 Pf. extra

Schneidemühl Pferde-Lotterie

Ziehung 28. April 1900

Loose à 2 Mk., 11 Loose 12 Mk., Porto und Liste 30 Pf. extra

empfehlen 350
B. Klement, Breslau, Schweidnitzersir. 3.
Telephon No. 4005.

20 Herren- u.
Damen-
Schreibtische
werden einzeln
auf Abzahl. mit
einer Anzahlung
v. 10 Mk. und
wöchentl. Abzahl.
von 2 Mk. an
abgegeben.

S. Osswald,
Schuhbrücke 74, I.
126

Kinder-Corsets nach ärztlicher
Confirmanden-Corsets v. 50 Pf.
Damen-Corsets anst. vora. bis
Büstenhalter v. 30 Pf. an.
der Gegenwart
von 3 Mark an.

D. Vertun
Neuschestrasse 55.

Für
Confirmanden
empfehle ich
Goldene und silberne Ketten und
Damen-Uhren, Nickel-Uhren, goldene
Kreuz, Herz, Armb. zu auffallend
billigen Preisen.
Gleichzeitig empfehle ich mein
groses Lager von
Regulatoren, Stand-, Wand-
und Feder-Uhren.
Josef Klein,
18, Kupfer-Schmiedstr. 18.

Krankheit
oder
Verbrechen?
von Dr. G. S. Berndt.
Zu beziehen in 60 Heften à 15 Pf.
oder 20 Heft à 60 Pf.
Exped. u. Colporteur.
Soeben erschien

Socialdemokratisches
Liederbuch
von
Max Kegel.
Preis 40 Pfg.

An unsere Abonnenten!

In Folge eines äußerst günstigen
Abkommens mit einer großen
Verlagsanstalt sind wir in der
Lage, unseren Abonnenten die
neueste Ausgabe des

Bürgerlichen

Gesetzbuches

nebst dem Einführungsgezet
und einem ausführlichen
Sachregister

in 6.03 • Octav-Format, mit
eleganter, dauerhafter Einband
(Galle-Rücken, Lederpreis 150 P.),
als Prämie zum

Vorzugspreise v. 75 Pf.
zu liefern.

Das neue Bürgerliche Gesetzbuch tritt mit dem 1. Januar 1900 in Kraft. — Inkrafttreten des Gesetzes schützt nicht vor Schäden.

Jeder Hausbesitzer, jeder Geschäftsmann, jeder Handwerker, jeder Arbeiter, jeder Hauskaltungsverband wird des neue Bürgerliche Gesetzbuch nicht entbehren können. Wer also noch nicht im Besiz desselben ist, der veräume die selten gebotene Gelegenheit zu einem so ungewöhnlich billigen Bezuge nicht.

Expedition der „Volksrecht“.

Heft XII

Arbeiterrecht

Rechte und Pflichten des Arbeiters in Deutschland aus dem geltenden Arbeitsvertrag, der Unfall-, Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung unter besonderer Berücksichtigung des

Bürgerlichen Gesetzbuches.

Mit vielen Beispielen und Formularen für Klagen, Urzettel, Beschwerden, Verurteilungen u. s. w. Erläutert von

Arthur Stadthagen.

Komplet in 22 Heften à Heft 20 Pfennige.
Zu beziehen durch unsere Expedition.

Gebr. Taterka,

Ring 47 BRESLAU Ring 47.

Zur Frühjahrs- und Sommer-Saison

unterhalten wir die bedeutendsten Lager am Platze und sind vermöge rechtzeitig grosser Waaren-Abschlüsse am billigsten.

Nur

Herren-Anzüge aus Zwirnstoffen in allen Farben 15, 20, 24, 30, 36.
Herren-Anzüge aus Streichgarn, Cheviot, Kammgarn 20, 24, 29, 34, 40.
Herren-Anzüge aus neuesten Stoffen, elegant verarbeitet 24, 32, 38, 39, 45.

ZU

Herren-Paletots aus modernsten Stoffen . . . 15, 20, 24, 27, 36.
Herren-Mäntel aus Loden- und Cheviotstoffen . . . 9, 12, 15, 18, 24.
Herren-Beinkleider in den neuesten Dessins . . . 5, 7, 10, 15, 18.

festen Preisen

Radfabrer-Anzüge in neuesten Façons . . . 15, 18, 21, 24, 27.
Jünglings-Garderoben zu unerreicht billigen Preisen.
Knaben-Garderoben vom einfachsten bis feinsten Genre.

kauft man gut!

Anfertigung hochleganter Garderobe nach Maass zu zeitgemäss billigsten Preisen.

Gebr. Taterka,

Ring 47 BRESLAU Ring 47.

Breslaus grösste und billigste Bezugsquelle.

Möbel

5010 auf

Abzahlung

S. Osswald, Waaren-Credit-Geschäft,
Breslau, Schuhbrücke 74, I. u. II. Etage.

Anzahlung ein kleiner Theil. — Runden ohne Anzahlung. — Nicht gern gekattet.
Beamte erhalten Credit, auch nach ausserhalb; event. ohne Anzahlung.

Schuhbrücke 74, I. u. II. Etage, gegenüber dem Haupteingang der Magdalenenkirche.

Wer sich der Annehmlichkeit theilhaftig machen will,
Möbel auf Abzahlung
ebenso billig zu kaufen, wie gegen baar, der wende sich vertrauensvoll an Breslaus grössten Abzahlungsbazar von S. Osswald, nur Schuhbrücke 74. Besonders empfehlenswerth für

Brautausstattungen,

Bettstellen u. Matratzen, Schränke, Verticows, Nachttische, Waschtische, Stühle, Sofas, Divans und Plüsch-Garnituren. Grosse Auswahl Kinderwagen, Gardinen, Teppiche und Tischdecken.

Anzüge für Herren u. Knaben, Mäntel für Damen u. Mädchen, Ueberzieher, Hosen u. Westen, Jaquetts, Umhänge, Blousen.

Manufacturwaaren,

besonders Kleiderstoffe, Flanelle, Leinen, Damast, Bettzeug, Handtücher etc.

Zur Confirmation

Complete Anzüge in allen Stoffarten nur reeller Ausführung empfehle ich von 5-20 Mtr.

Eduard Freund,
jetzt nur Neuschestrasse 52.

kein Geschäft befindet sich nicht mehr Ecke Hinterhäuser, sondern jetzt nur 52, Neuschestrasse 52, geradeüber der Kalinke'schen Seifenfabrik

eine schwarze Uhr mit Kette, eine schwarze Schärpe, eine Boa mit Kopf und ein weißer Fächer mit Kette. — A b h a n d e n kamen: ein schwarzer Federfächer, eine goldene Damen-Kremontuhr, ein Silberfächer, gezeichnet H. P., ein Badregulierungsbuch, ein Portemonnaie mit 5 Mark und ein Bierdeckel der preussischen Lotterie Nr. 48,748.

Breslauer Buchbinder-Schiffen-Verein. Die am Sonntag in der „Neuen Börse“ stattgefundene General-Versammlung war von über 300 Kollegen besucht. Der Vorsitzende, Kollege Fiedler erstattete dieselbe mit einem kurzen Rückblick auf den den Mitgliedern vor Kurzem zugegangenen Bericht für das abgelaufene Geschäftsjahr. Einwendungen gegen denselben wurden nicht erhoben. Darauf wurde dem Kassierer auf Antrag der Kassenscheine Decharge erteilt. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurden neu-rep. wiedergewählt die Kollegen Fiedler als erster Vorsitzender, Härtel als zweiter Vorsitzender, Schmidt als Kassierer, Friede als Schriftführer und Meining er, Steinbach und Schneider als Beisitzer. Als Bibliothekar wurden die Kollegen Meining er und Schneider gewählt. Als Reisefassenverwalter wurde Kollege Kordorff gewählt. Die Beiträge wurden in der alten Höhe belassen. — Beim nächsten Punkte der Tagesordnung beantragte der Vorstand, die Beiträge für das Arbeiter-Sekretariat aus der Kasse des Vereins zu bezahlen und nicht wie bisher, 5 Pf. pro Mitglied und Monat, während die anderen 5 Pf. aus der Kasse gezahlt wurden. Durch Annahme dieses Antrages würde dem Kassierer eine sehr große Arbeit abgenommen werden. Der Vorstandsantrag wurde angenommen. Gleichfalls einstimmig angenommen wurde der Antrag des Vorstandes, 500 Mark für gewerkschaftliche Zwecke zu bewilligen um so in der Lage zu sein, bei event. Unterstützungen gleich eingreifen zu können. Weiter konnte der Vorstand immer nur 25 Mark für dergleichen Zwecke bewilligen, die Bewilligung einer höheren Summe mußte einer späteren Versammlung überlassen bleiben. — Unter Verschiedenes wies der Vorsitzende noch die Mitteilung, daß an Stelle der eingehenden Privatpost „Hansa“ der invalide Kollege Feiler die Ausstrahlung des „Korrespondenten“ übernehmen wird. Weiter wurde ein Antrag auf Bewilligung der Alterszulage im Betrage von wöchentlich 2 Mark an einen invaliden Kollegen einstimmig angenommen. Nach Erledigung des Tagesgeschäftes wurde die Versammlung am 2 Uhr geschlossen.

Öffentliche Tapezierer-Versammlung. Nachdem die hiesigen Tapezierer- und Tischler-Gesellen vor Kurzem durch ihren Geleitenauschuss der Tapezierer-Zunft eine Forderung auf Lohn-erhöhung bezug. Vertüfung der Arbeitszeiten gestellt hatten, beschloß eine seiner Zeit tagelohnlose Versammlung, mit diesen Forderungen vorläufig eine abwartende Stellung einzunehmen und vor allem die Gründung einer Organisation in die Hand zu nehmen. Behufs Gründung und Konstituierung einer solchen war von der hierzu bestimmten Kommission am Sonntag eine Versammlung in das St. Vincenzhaus einberufen worden. Kollege Schmidt (Recht) hielt einen sehr interessanten Vortrag über den Zweck und Nutzen des Tapezierer-Verbandes. Redner begrüßte es mit Freuden, daß die hiesigen Tapezierer endlich einmal ernsthaft die Forderung ihrer Lage in die Hand nehmen wollen. Er warnt aber vor dem augenblicklichen Eintritt in eine Lohnbewegung, denn zu dieser gehören geschulte Meister, eine geschulte Masse und vor allem Geld, welche Faktoren aber bis jetzt am Orte nicht genügend vorhanden sind. Ein Streit unter solchen Verhältnissen ist von vornherein verloren und hierdurch auch die Bewegung auf viele Jahre hinaus zurückgeworfen. Es ist auch jetzt zu betonen, daß es nicht mehr wie früher schon oft vorkommen werde, daß die schlechten Kollegen ihren freitragenden Berufsangehörigen an anderen Orten in den Rücken fallen werden. Dies geschah ja meistens, weil sich die Betroffenen über ihre Lage nicht klar genug waren. Auf dem Tuberkulose-Kongress ist festgestellt worden, daß im Tapeziererberufe die Schwindtucht in erschreckender Weise grassiert, die Ursache dazu bilden die Arbeitsverhältnisse. Solche schlechte Verhältnisse werden nicht durch Paradervereine geändert sondern nur durch eine strenge Organisation. — Nach dem mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrage ließen sich 107 Kollegen unter Erlegung des Eintrittsgeldes und zweier Wochenbeiträge in den Verband aufnehmen. Bei der hierauf folgenden Konstituierung der Zahl-

stelle wurden die Kollegen Gramatte als erster, Mann als zweiter Vorsitzender, Wagenleiter und Friedrich als Kassierer, Pohl und Schöpe zu Schriftführern und Ripke als Beisitzer gewählt. Die Vertretung im Gewerkschaftskartell wurde den Kollegen Döring und Roth übertragen. Die Zahlende finden jeden Sonntagabend in Pils' Restaurant, Kleine Grobengasse 15, statt. Zum Schluß wurde noch ein Zirkular verlesen, welches die Eltern, deren Söhne jetzt aus der Schule entlassen werden, davor warnt, ihre Söhne das Tapezierer-Handwerk erlernen zu lassen. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Tapezierer-Verband schloß der Vorsitzende, Kollege Wolff, die in allen Theilen wohlgeungene Versammlung.

In der Versammlung der Rohrleger und Berufs-genossen, die Dienstag Abend stattfand, erstattete der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Korditzke, einen eingehenden Bericht über die sozialen und pekuniären Verhältnisse der Rohrleger. Er führte dabei besonders an, daß noch Stundenlöhne von 25 Pf. an der Tagesordnung seien. Aus der Versammlung heraus wurde angeführt, daß sogar noch weniger an Löhnen gezahlt werde. Die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, in der gesagt wird, daß Löhne von 25 bis 27 bis 28 Pf. nicht genügen, um ein menschenwürdiges Dasein fristen zu können. Es wurde eine Kommission gewählt, die die nötigen Schritte unternehmen soll, um eine Besserung der allgemeinen Lage herbeizuführen, vor allem aber statistische Erhebungen in Bezug auf Löhne und auf sanitäre und hygienische Zustände im Gewerbe anstellen soll. — Im Weiteren nahm man zu dem angeblich seiner Vollendung entgegenstehenden Reichsienhengeseß Stellung. Es wurde jedoch die eingehendere Verabhandlung dieser Materie späteren Versammlungen vorbehalten.

Striegau. Am 26. d. M. tagte hier in der Bierquelle eine öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, die einen verhältnismäßig guten Besuch, namentlich von Frauen und Mädchen aufzuweisen hatte. Dieselbe beschäftigte sich mit den speziellen örtlichen aberaus möglichen Arbeitsverhältnissen in der Tabakbranche. Genosse Heppner aus Breslau legte den Anwesenden in einem einflüchtigen mit Beifall aufgenommenen Vortrage die Mittel und Wege dar, welche es ermöglichen, eine Verbesserung der Vorherbeizuführen. In der Diskussion, an der sich die Kollegen Bensch, Wenzel, Wittig und andere beteiligten, wurde festgestellt, daß die Tabakarbeiter die schlechtestbezahlte Kategorie der Striegauer Arbeiterkategorie darstellt. Auch sei die lange Arbeitszeit nur geeignet, den äußerst schlechten Gesundheitszustand der Berufsangehörigen immer mehr zu verschärfen. Die Versammlung beschloß einstimmig, zunächst bei den Arbeitgebern wegen einer zehnprozentigen Lohn-erhöhung und idellch zehnständigen Arbeitszeit vorstellig zu werden, zu welchem Zwecke eine Kommission, bestehend aus den Kolleginnen Frau Freitag, Wittig und Kollegen Bensch gewählt wurde. Außerdem sollen noch verschiedene andere Mißstände abgestellt werden. Bei der Aufforderung, mehr für die Organisation zu agitieren und einem lebhaften Hoch auf den Tabakarbeiterverband wurde die von ca. 130 Personen besuchte Versammlung geschlossen.

Striegau, 26. März. Ertrunken ist am 23. d. Mts. in der elterlichen Wohnung, Grabenstraße 28 hier, der 1 1/2 Jahr alte Knabe Fritz Klenner, ein unehelicher Sohn der Kutscherfrau Martha Wiskner von hier. Die Mutter, welche Wäsche hatte, ließ, nach dem hiesigen „Anzeiger“, das zur Hälfte mit Wasser gefüllte Wäschschiff auf der Diele stehen und den Kleinen, während sie Kohlen holte, unbeaufsichtigt in der Stube zurück. Als sie nach ungefähr 10 Minuten wiederkam, fand sie den Kraben im Wäschschiff, in welches er beim Spielen gefallen sein mag, ertrunken vor. Die Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Striegau, 26. März. Arbeits-Auffündigung. Am 21. d. Mts. haben, nach dem hiesigen „Anzeiger“, 520 Arbeiter und Arbeiterinnen der hiesigen mechanischen Wästenfabrik die Arbeit für den 7. April d. J. gekündigt, weil ihnen der Zehnstunden Arbeitstag und eine Lohnerrhöhung von 10 Prozent nicht bewilligt wurde. Seitens der Fabrikleitung waren den Arbeitern eine zehn-einstündige Arbeitszeit und eine Lohnaufbesserung für die schlecht gestellten Arbeiter angeboten worden.

Hannau, 23. März. Den Brandwunden erliegen. Das Dienstmädchen Frieda Hentschel, welches, wie berichtet, beim

Besen im Bette eingeschlafen war, die Laterne umgeworfen und sich verbrannt hatte, hat seine Unvorsichtigkeit schwer büßen müssen. Nach anfänglichen Weiden ist es heute Nachmittag von seinen Schmerzen durch den Tod erlöst worden.

Hannau, 27. März. Die Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse werden hierdurch aufgefordert, sich an der Wahl der Vertreter zur General-Versammlung zahlreich zu beteiligen. Zu wählen sind 24 Vertreter der Großindustrie und 12 Vertreter für die Kleinindustrie. Die Wahl findet Freitag, d. 30. März im Gasthof an den drei Bergen statt und zwar für die Großindustrie Abends 8 Uhr, für die Kleinindustrie Abends 8 1/2 Uhr. Stimmzettel im Wahllokal.

Hannau, 25. März. Selbstmorde. Heute früh wurde aus Kaiserwaldau der Dachbeder Paul Gutsch von hier, ein 25-jähriger junger Mann, arg verletzt und besinnungslos in das hiesige Hospital gebracht. Der linke Arm war vollständig geremelt, Gutsch hatte ein Verhältniß mit einer hiesigen Bürgerstochter, die nicht ohne Folgen blieb. Man nimmt nun an, daß Beide im Aufschluß gefaßt hatten, in den Tod zu gehen. Sie waren gestern Abend vom hiesigen Bahnhofe aus nach Koblitz gefahren. Da hat Gutsch seine unflüchtige Braut zu ihren Verwandten gebracht und dann in der Nacht bis Kaiserwaldau zurückgefahren. Dort hat er sich sozornig in der Nähe des Bahnhofes vom Zuge überfahren lassen. Da er keine Papiere bei sich trug, konnten seine Personalien erst im hiesigen Hospital festgestellt werden. Ursprünglich glaubte man, daß auch das Mädchen irgendwo Selbstmord begangen hätte, in späterer Abendstunde war es den eifrigen Nachforschungen der Eltern gelungen, ihren Aufenthaltsort zu ermitteln. Bei dem schwer Verletzten wurde eine Amputation des geremelten Armes direkt am Schultergelenk vorgenommen und mehr ere Splitter der zertrümmerten Schädel beseitigt. Heute Abend gegen 7 1/2 Uhr verstarb Gutsch, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben. Am vorigen Freitag war der hiesige städtische Registrator Morgen besser zum Arzt gebracht worden, weil er ein sonderbar aufgeregtes Wesen zeigte, das den Ausbruch des Jenseits vermuthen ließ; der Arzt hielt jedoch die Krankheit nicht für gefährlich. Als nun Morgen besser heute von dem Selbstmordversuch des ihm hiesigen Freundes Gutsch hörte, verließ er seine Wohnung und begab sich gegen 11 Uhr nach dem Bahnhofe. Hier löste er sich eine Karte nach Burglau und betrat sodann den Bahnsteig. Dort wartete ihn noch zwei Freunde in ein Gespräch, wobei er seine Absicht verrieth zu wollen, mitteilte. Als nun um 11 Uhr 55 Min. d. Schnellzug von Hannau hier ankam, eilte Morgen besser auf die zweite Gleis, auf dem der Zug einfuhr, und warf sich direkt in die Maschine, die ihn sofort in Stück zerriß, so daß der Tod an der Stelle eintrat.

Hirsberg, 27. März. In Folge des Schneesturms sind im Hirsberggebirge während der letzten Tage drei blühende Menschenleben vernichtet worden. Ein 22-jähriger Maurergeselle und die beiden Söhne eines Schmiedes Bauer, 14 resp. 15 Jahre alt, verfielen die Werkschneefänge des Weges in Folge des Schneesturms und der Finsternis und gingen so zu Grunde.

Langensiel, 26. März. In der heute stattgefundenen Gemeindevertretung siegte in der 3. Abtheilung Genosse Juhn mit 97 Stimmen gegen den freisinnigen Kandidaten Krichermeister Bachmann mit 9 Stimmen. Allem Anschein nach verzichtet Juhn in der 3. Abtheilung ganz darauf, uns gegenüberzutreten, er beschränkt sich nur auf die 2. und 1. Abtheilung. Uns kann recht sein.

Groß-Strehlitz, 24. März. Tödtlicher Absturz. Im Dachbeder Drisa aus Sucholshna war am verfloffenen Mittwoch damit beschäftigt, das Dach des Bednarek'schen Hauses in Groß-Strehlitz umgedeckt und hat sich hierzu den Gesenkschneefänger Michael Kulpa als Handlangere engagiert. Dieser mit den 18-jährigen Arbeiter wenig vertraut, trat auf das Dach auf, welches losbrach und den plötzlichen Absturz des Arbeiters herbeiführte. Ein großer Wucht schlug der Unglückliche auf den Erdboden auf, wurde von herbeieilenden Leuten in die Wohnung des zufällig abwesenden Hausbesizers geschafft und ärztliche Hilfe sofort herbeigeholt. Die Verunglückte gab jedoch schon nach kurzer Zeit seinen Geist auf. Ein Bruch des Rückgrats und schwere innere Verletzungen sind die Todesursache konstatiert worden.

Stadt-Theater. Mittwoch: „Lohengrin“. Donnerstag: „Martha“. Lobe-Theater. Mittwoch: „Jugend von heute“. Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater. Mittwoch: Opern- u. Vorstellung „Hochspränge“.

Zeltgarten. Fest-Woche. Nur noch wenige Tage: „Venus auf Erden“. Das einzig bestehende Abends-Programm mit Langslow, Ellen Vetter, Bernhard, Mary Ellys u. a. w. Samstag: Benefiz für den berühmten Breslauer Langslow. Sonntag: Gala-Vorstellung. Benefiz für die Venus. Carl Pander mit seiner Berliner Gilt-Geleitschaft. Keine erhöhten Preise!

Strohüte jeder Art, auch im Detail, billig direct. Freund & Krebs.

Deutscher Flottenverein, Provinzialausschuss für Schlesien. Unter dem Protektorat Ihrer Königlichen Hoheit, der Frau Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen, Prinzessin von Preussen: Marine-Ausstellung im Etablissement „Friedberg“ Breslau. Die Ausstellung enthält Modelle sämtlicher Schiffsgattungen unserer Marine, wie: Panzerschiffe, Panzerfahrzeuge, Panzerkanonenboote, grosse und kleine Kreuzer, Kanonenboote, Schulschiffe und Torpedofahrzeuge. Ferner Modelle fremder in Deutschland erbauter Kriegsschiffe, älterer Kriegsschiffe vom 17. Jahrhundert an, Schnell- und Postdampfern, See- und Flussdampfern, grosser Segelschiffe und Lustyachten, Schiffseinrichtungen, Schiffsmaschinen und -Kesseln, Schiffsgeschützen, Torpedos, Seeminen und Unterseebooten, Schiffsausrüstungsgegenstände, Standarten, Flaggen, Pläne, Bilder u. A. Täglich geöffnet von Vorm. 9 Uhr bis Abends 10 Uhr. Eintrittspreise: Wochentags 30 Pf., Sonntags 20 Pf.

Die Rechte und Pflichten des Miethers nach dem neuen k. k. Gesetzbuch. Preis pro Exemplar 20 Pfennige. Die Broschüre ist vollständig auf Grund der Worte und der Denkweise zum k. k. Gesetzbuch bearbeitet und ist ein sicherer Führer durch das Miethersrecht. Durch unsere Expedition zu beziehen.

Sonnenschirme! Schwarz, kast. gestreift und glatt von 1,50 Mk. an bis zu den elegantesten. Franz Nitschke Schirmfabrikant, Ring 34 und Schweidnitzerstraße 51. 824. Arbeitstagen und Reisezüge in kürzester Zeit sauber und billig.

Quittungs-Marken u. Kautschuk-Stempel. Jean Holzschubert, Drehbahn 15. Verlag socialist. Silber. — Jährlich freilassen gratis u. franco. Fraktionsbild der socialdemokratischen Partei 1898.

Morgen Donnerstag: Proben-Coffee Teichmann & Co. Coffee-Special-Geschäft. Thalia-Theater. Volks-Vorstellung Sonntag, den 1. April, Nachmittags 3 1/2 Uhr. Zur Aufführung gelangt: „College Crampton“ Lustspiel in 5 Akten von Gerhard Hauptmann. Preise der Plätze: Loge 60 Pf. Parquet 40 „ Sperrsitze 40 „ Balkon 40 „ II. Rang 30 „ III. Rang 20 „ Billets sind in der Expedition der Volkswacht zu haben. Bekanntmachung! Von heute ab gelangen die Strecken-Abonnementkarten zum Preise von je 10 Mark mit Gültigkeit an den Werktagen und für ein Vierteljahr für folgende Linien zur Ausgabe: a) Brandenburgertrasse — Ritterplatz, b) Briggenthale — Sonnenplatz, c) Matthiasstraße — Sonnenplatz, d) Ring — Mauritiusbrücke, e) Rothkreutzscham — Ring, f) Mauritiusbrücke — Brandenburgertrasse. Grätzschen, den 21. März 1900. Elektrische Straßenbahn Breslau.